



Niederschrift

über die

Sitzung des Gemeinderates

Datum: 7. Februar 2023
Uhrzeit: 19:30 Uhr - 21:32 Uhr
Ort: im Vereinsheim Humbach
Schriftführer/in: Maximilian Donner

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Hauser Josef
Zweiter Bürgermeister	Huber Anton
Dritter Bürgermeister	Kranz Thomas
Gemeinderat	Bachmeier Thomas
Gemeinderätin	Disl Elisabeth
Gemeinderat	Fuchs Bernhard
Gemeinderat	Gams Matthias
Gemeinderätin	Grimm Ingrid
Gemeinderat	Gröbmaier Ludwig
Gemeinderat	Häsch Michael
Gemeinderat	Heuschneider Florian
Gemeinderat	Huber Xaver
Gemeinderat	Kanzler Hubert
Gemeinderat	März Karl Johann
Gemeinderat	Pallauf Martin
Gemeinderat	Pertold Jakob
Gemeinderat	Raßhofer Rudolf
Gemeinderätin	Spindler Maria
Gemeinderat	Suttner Hans Benno
Gemeinderätin	Wimmer Teresa

Entschuldigt:

Gemeinderat Prömmer Hubert

1. Aktuelles
2. Genehmigung der öffentlichen Sitzungsniederschrift vom 10.01.2023
3. Wegfall des Geheimhaltungsgrundes nichtöffentlicher Tagesordnungspunkte
4. Bebauungsplan Dietramszell Nr. 1 "Schönegg Nordost", 9. Änderung - Beratung und Entscheidung zur Umplanung
5. Anpassung der Gebühren der gemeindlichen Kindertagsstätten und Einführung von Richtlinien für die Gebührenermäßigung von Personensorgeberechtigten mit niedrigen Einkommen
6. Neuerlass der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für den Besuch der gemeindlichen Kindertagesstätten (Kindertagesstättengebührensatzung) zum 01.09.2023
7. Bebauungsplan Baiernrain Nr. 1 "West", 1. Änderung - Vorlage Beratungsergebnis Bauausschuss und weiteres Vorgehen
8. Umgang mit Anträgen für Freiflächenphotovoltaik
9. Beitrags- und Gebührenkalkulation Abwasseranlage Ascholding, Bairawies, Hechenberg, Einöd mit Gültigkeit ab 01.04.2023
10. 2. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung (BGS/EWS) vom 12.02.2019 der Abwasseranlage Ascholding, Bairawies, Hechenberg und Einöd
11. Neuerlass der Friedhofs- und Benutzungssatzung
12. Neuerlass der Friedhofsgebührensatzung
13. Antrag Investitionszuschuss für die Kirche in Steingau
14. Antworten zu Fragen aus dem Gremium
15. Sonstiges

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Der Vorsitzende eröffnete um 19:30 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Mit der vorgelegten Tagesordnung besteht Einverständnis.

1.	Aktuelles
-----------	-----------

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Hauser berichtet anhand von Bildern über eine angekaufte Fläche an einem Gebäude der Deutschen Telekom Am Kreuzfeld in Dietramszell, über die Anlieferung der Sitzblöcke für die Dorferneuerung Dietramszell, den aktuellen Stand der Baustelle Gemeinschaftshaus der Schützen Linden incl. Anschluss an die Fernwärme und über den Stand der Sanierungsarbeiten im Physikraum und im C-Bau der Mittelschule.

2.	Genehmigung der öffentlichen Sitzungsniederschrift vom 10.01.2023
-----------	---

Beschluss 1:

Die Niederschrift vom 10.01.2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0 (angenommen)

3.	Wegfall des Geheimhaltungsgrundes nichtöffentlicher Tagesordnungspunkte
-----------	---

Sachverhalt:

Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse sind der Öffentlichkeit bekanntzugeben, sobald die Gründe der Geheimhaltung weggefallen sind Art. 52 Abs. 3 GO. Diese sind aus der nichtöffentlichen GR-Sitzung am 08.11.2022:

TOP N 3.1 Wasserversorgung Dietramszell; Anschaffung eines gebrauchten Notstromaggregates

Der Gemeinderat stimmt nachträglich dem Kauf des beschriebenen Notstromaggregates zur Sicherstellung der Wasserversorgung im Gemeindegebiet, zum Bruttopreis von 23.800,- € zu. Die Kosten die über den auf der Haushaltsstelle 1400.93500 für das Aggregat eingeplanten Ansatz hinausgehen, sollen auf die Haushaltsstelle 1400.94000 (Katastrophenschutz/Baumaßnahmen) gebucht werden. Der Gemeinderat stimmt der überplanmäßigen Ausgabe von 3.800 € zu.

TOP N 3.2 Photovoltaikanlage für den Hackschnitzelstadel an der Kläranlage Leismühl; Auftragsvergabe

Der Gemeinderat beschließt den Auftrag für die Photovoltaikanlage auf dem Hackschnitzelstadel am Klärwerk Leismühl, zum Bruttoangebotspreis von 51.922,79 € an die Firma Hubert Müller zu vergeben.

Diese sind aus der nichtöffentlichen GR-Sitzung am 13.12.2022:

TOP N 3.2 Nachtragsbeauftragung Feuerwehrhaus Ascholding

Der Gemeinderat beschließt, für die Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses in Ascholding, den Auftrag der Firma Horst Babl aus Waakirchen, über 330.800,07 €, um die geprüfte Angebotssumme des Nachtrags 2, in Höhe von 5.246,59 € auf 336.046,66 € zu erhöhen.

Der Gemeinderat beschließt, für die Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses in Ascholding, den Auftrag der Firma Gerüstbau Huber aus Dietramszell, über 18.448,02 €, um die geprüfte Angebotssumme der Nachträge 1 – 3, in Höhe von 18.250,29 € auf 36.398,31 € zu erhöhen

TOP N 3.3 Wasserversorgung Dietramszell; Wasserrecht Brunnen Baiernrain

Der Gemeinderat beschließt das Ingenieurbüro IGWU GmbH aus Markt Schwaben zu den Konditionen des vorliegenden Ingenieurvertrages mit den Ingenieurleistungen für den Bau der beiden Grundwassermessstellen zu beauftragen.

TOP N 3.4 Gemeindestraßen; Kauf einer Kehrmaschine

Der Gemeinderat beschließt eine Summe von 150.000,- € für den Kauf einer Kehrmaschine in die Haushaltsberatungen aufzunehmen und erst nach Vorliegen eines genehmigten Haushaltes über den Kauf einer Kehrmaschine zu beschließen.

TOP N 3.5 Bebauungsplan Dietramszell Nr. 1 "Schönegg Nordost" - Entbindung des Architektenbüro's vom Vertrag und erneute Vergabe der Planleistungen

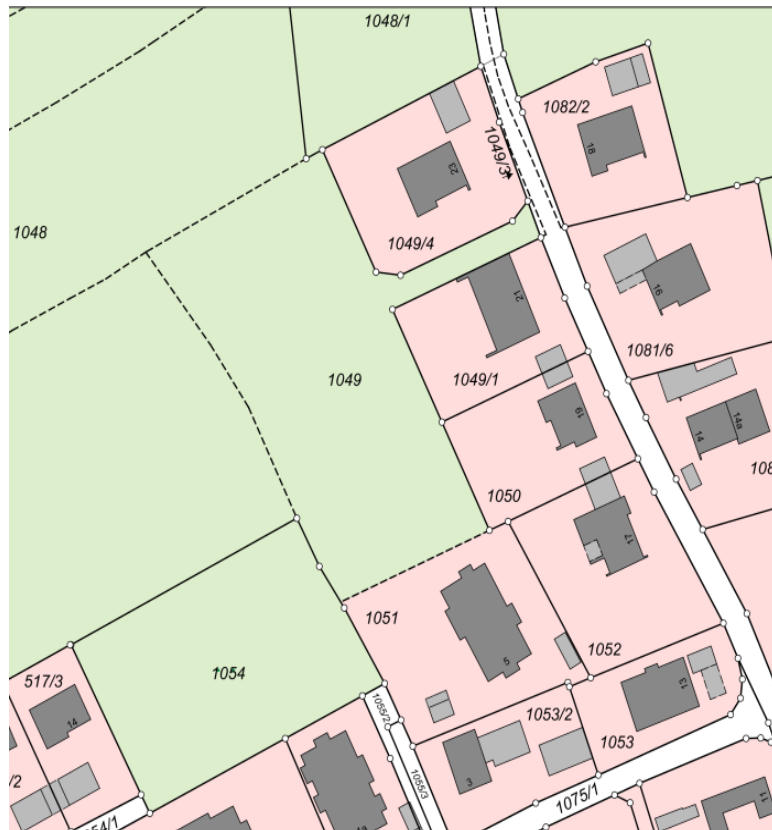
1. Der Gemeinderat entbindet das Architektenbüro Prantner vom Vertrag zur Durchführung des Verfahrens zur 9. Änderung des Bebauungsplans Dietramszell Nr. 1 „Schönegg Nordost“
2. Der Gemeinderat beauftragt den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München mit der Durchführung des Verfahrens zur 9. Änderung des Bebauungsplans Dietramszell Nr. 1 „Schönegg Nordost“.

TOP N 3.6 Auftragsvergabe: Sonnenschutz KiTA Ascholding

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für die Anschaffung von Sonnenschutzmaßnahmen, für die KiTa Ascholding, zum Angebotspreis von 13.998,45 € an die Firma Lug GmbH aus Geretsried zu vergeben.

4.	Bebauungsplan Dietramszell Nr. 1 "Schönegg Nordost", 9. Änderung - Beratung und Entscheidung zur Umplanung
----	--

Sachverhalt:



In seiner Sitzung am 13.12.2022 hat der Gemeinderat das Architektenbüro Prantner vom Vertrag zur Durchführung des Verfahrens zur 9. Änderung des Bebauungsplans Dietramszell Nr. 1 „Schönegg Nordost“ entbunden und den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München mit der weiteren Planung beauftragt. Bei der Sichtung und Überprüfung der bisherigen Planstände durch den Planungsverband sind einige grundlegende Punkte bei der Planung aufgefallen, die vor der weiteren Bearbeitung der Planentwürfe dem Gemeinderat zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden müssen.

Herr Krimbacher vom Planungsverband nimmt an der Sitzung teil und erleutert die insbesondere folgende relevante Punkte:

- Firstrichtung der Parzelle 3 und Parzelle 4 (jetzt verläuft die Firstrichtung quer zum Hang, bei einer Firstrichtung parallel zum Hang ist das jeweilige Gebäude besser nutzbar)
- Standort Carport Parzelle 2 (steht quer zum Hang – wie kommen die Fahrzeuge in den Carport?)
- Ist eine Carportbreite von 5 m ausreichend
- Festsetzung: *Carports umbaut*. Damit würde ein Garagengebäude bestimmt, ist das so gewollt? (Rückseite schließen nach Osten würde wegen den beiden Bestandsnachbarn Sinn machen)
- Höhenfestsetzung treffen – es soll wie üblich die Höhe für fertigen Fußboden EG festgelegt werden

- Sind die Baugrundstücksgrößen für Frau Metzger und Gemeinde flächenmäßig gleich groß
- Parzelle 1, wie viele Wohneinheiten? (Daraus ergeben sich die erforderlichen Stellplätze)
- Parzelle 4, wie viele Wohneinheiten? (Daraus ergeben sich die erforderlichen Stellplätze)
- Statt einer Grundflächenzahl sollte für jede Parzelle eine Grundfläche in Quadratmetern festgelegt werden (Dann steht genau fest, wie groß das Gebäude werden darf)
- Parzelle 1 Abstandsflächenrecht prüfen (Gebäude steht augenscheinlich zu nah an Grundstücksgrenze)
- Erschließungsplanung

Beschluss 1:

Antrag MGR´in Spindler:

Der TOP wird vertagt, bis die Verwaltung, der Planungsverband und die beiden privaten Grundstückseigentümer die grundlegenden Bauwünsche abgesprochen haben. Das Ergebnis wird dann dem Gemeinderat zur weiteren Beratung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

Abstimmungsbemerkung:

MGR Bachmeier hat gemäß Art. 49 GO an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

5.	Anpassung der Gebühren der gemeindlichen Kindertagsstätten und Einführung von Richtlinien für die Gebührenermäßigung von Personensorgeberechtigten mit niedrigen Einkommen
----	--

Sachverhalt:

Der TOP stand auf der Tagesordnung der GR-Sitzung vom 10.01.2023.

Der TOP wurde vertagt, weil aufgrund einer fehlerhaften Liste der Elternbeirat nicht ausreichend vorab informiert werden konnte. Um dem Elternbeirat die Möglichkeit zu einer Stellungnahme zu geben wurde vom Ersten Bürgermeister Hauser vorgeschlagen den TOP zu vertagen und in der Februarsitzung erneut zu behandeln.

Beschluss:

Der TOP wird auf die Februarsitzung 2023 vertagt.

Abstimmung: 19 : 0 (angenommen)

Die Betreuung von Kindern zwischen einem Jahr und Schuleintritt, ist Pflichtaufgabe einer Kommune.

Die Kinderbetreuung ist ein Bereich der nicht kostendeckend betrieben werden kann, wenn die Eltern nicht über Gebühr belastet werden sollen. Jedoch ist festzustellen, dass sich das Defizit in diesem Bereich von 387.317,98 € im Jahr 2014 auf 898.754,16 € im Jahr 2021 mehr als verdoppelt hat. Aufgrund der Defizitentwicklung der letzten Jahre, sieht sich die Gemeinde gezwungen, die Gebühren anzupassen.

In der Anlage befindet sich eine Defizitaufstellung der Jahre 2014 bis 2021. Das Jahr 2022 kann erst im Laufe des Jahres 2023 komplett abgerechnet werden und deshalb liegen hierzu noch keine endgültigen Zahlen vor.

Zur Bestimmung der neuen Gebührenhöhe wurden unsere Gebühren mit den Gebührensätzen anderer Kommunen im Landkreis verglichen. Dabei wurde festgestellt, dass unsere Gebühren im Krippenbereich sich im Durchschnitt der Vergleichskommunen befinden. Die Gebühren für die Kindergartenplätze in unserer Gemeinde sind deutlich unter dem Vergleichsdurchschnitt.

Um Bürger mit niedrigen Einkommen nicht über Gebühr zu belasten, schlägt die Verwaltung vor, diesen die Möglichkeit zu geben, eine Gebührenreduzierung zu beantragen. Wer dazu antragsberechtigt ist, soll in Richtlinien festgelegt werden.

Die Richtlinien und das Antragsformular für eine Gebührenermäßigung befinden sich im Anhang.

Durch eine Auslagerung der Kinderbetreuungseinrichtungen kann ein entstehendes Defizit nicht vermieden werden, weil die Kommunen in der Regel von dem Betreiber für den Verlustausgleich herangezogen werden

Außerdem wurde der Anhang um eine Aufstellung von Argumenten für eine soziale und wirtschaftliche Kiga-Gebührenregelung von einem Mitglied des Dietramszeller Elternbeirates ergänzt.

Diskussionsverlauf:

Der anwesende Elternbeirat Kiga Ascholding plädiert um eine Erhöhung, die hier etwa 26% ausmachen, in 2 Schritten.

MGR Heuschneider betont die gute Betreuung der Kinder. Die Erhöhung sei im dargelegten Vergleich angemessen. MGR Häscher pflichtet ihm bei und erinnert an die Steige-

rung des Kindergeldes in den letzten Jahren um 35%. MGR Fuchs ergänzt, dass für jedes Kindergartenkind der Staat einen Zuschuss von monatlich 100,- bezahle. MGR X. Huber schlägte eine Anhebung in zwei Schritten vor.

Beschluss 1:

Antrag MGR X. Huber:

Der Gemeinderat erhöht die Gebühren hälftig in 2 Schritten in den Jahren 2023 und 2024 wie von Seiten der Verwaltung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis: 3 : 17 (abgelehnt)

Beschluss 2:

Der Gemeinderat stimmt der vorgeschlagenen Erhöhung der Gebühren im Bereich Kindergarten zum 01.09.2023 zu.

Abstimmungsergebnis: 18 : 2 (angenommen)

Beschluss 3:

Der Gemeinderat beschließt die Einführung von Richtlinien für die Gebührenermäßigung von Personensorgeberechtigten mit niedrigen Einkommen zum 01.09.2023.

Abstimmungsergebnis: 0 : 20 (abgelehnt)

6.	Neuerlass der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für den Besuch der gemeindlichen Kindertagesstätten (Kindertagesstättingebührensatzung) zum 01.09.2023
-----------	---

Sachverhalt:

Der TOP wurde in der letzten GR – Sitzung vom 10.01.23 vertagt, da die Elternbeiräte noch die Gelegenheit bekommen sollen, noch eine Stellungnahme abzugeben.

Die Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für den Besuch der gemeindlichen Kindertagesstätten (Kindertagesstättingebührensatzung) muss den Ergebnissen des vorangegangenen TOP in Form eines Neuerlasses zum 01.09.2023 angepasst werden.

Bei dem Neuerlass der Satzung ist auch der § 4 1c und 1g zu streichen, da der Hort nicht länger Bestandteil der gemeindlichen Kindertagesstätten ist.

Die Änderungen sind in der angehängten Arbeitsvorlage in blau erfasst, die Streichungen in rot.

Zusätzlich ist die Reinschrift der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für den Besuch der gemeindlichen Kindertagesstätten (Kindertagesstättingebührensatzung) vom 01.09.2023 angehängt.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten:

Haushaltsstelle: 4640/4641/4642 - 11000

Verwaltungs- oder Vermögenshaushalt: Verwaltungshaushalt

Mittel stehen zur Verfügung: Ja/Nein

Deckungsvorschlag:

Pflicht- oder freiwillige Aufgabe: Pflichtaufgabe

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt aufgrund seines vorangegangenen Beschlusses die Anpassung der Kindergartengebühren, den Neuerlass der Satzung über die Erhebung der Benutzungsgebühren für den Besuch der gemeindlichen Kindertagesstätten (Kindertagesstättengebührensatzung) zum 01.09.2023 und passt die Paragraphen §4 und §6 (Streichung Abs.1 „je nach Buchungszeit“ und den Abs. 3) an, auch in Bezug auf die zu streichenden Paragraphen § 1c und 1g.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0 (angenommen)

7.	Bebauungsplan Baiernrain Nr. 1 "West", 1. Änderung - Vorlage Beratungsergebnis Bauausschuss und weiteres Vorgehen
----	---

Sachverhalt:



Vorgeschichte:

Am 20.04.2022 ist bei der Gemeinde ein Antrag zur Änderung des Bebauungsplans Baiernrain Nr. 1 „West“ eingegangen. Die Eigentümer der Flurnummer 73/3 Gem. Baiernrain würden gerne auf ihrem Grundstück einen Anbau an der östlichen Seite des bestehenden Wohngebäudes mit einem Baufenster für eine Garage im Norden des Anbaus zur Schaffung von Wohnraum für die Familie realisieren. In seiner Sitzung am 03.05.2022 wurde vom Gemeinderat dann einstimmig beschlossen vor Einstieg in ein Änderungsverfahren alle in dem Bebauungsplan befindlichen Grundstückseigentümer nach Erweiterungs- / Änderungswünschen abzufragen.

Von drei weiteren Anliegern wurden konkrete Entwicklungswünsche geäußert:

- Fl.-Nr. 73/1: Einbau einer dritten Wohneinheit im Dachgeschoss und Einbau eines Quergiebels -> **Derzeit nicht möglich, da die zulässigen Quadratmeter bereits ausgeschöpft sind. Eine Ausnahme im Bebauungsplan ist nicht vorgesehen und eine Befreiung kann nicht erteilt werden, da die Quadratmeter einen Grundzug der Planung darstellen und von diesen keine Befreiungen erteilt werden**
- Fl.-Nr. 69/1: Aufnahme der gesamten Flurnummer 69/1 in den Geltungsbereich und Festsetzung von Baufenstern für ein Wohnhaus 10 m x 15 m und ein Einfahr- und Ausfahrweg

milienhaus 5 m x 10 m -> **Derzeit nicht möglich da die Fl.-Nr. nur zum Teil im BPlan Gebiet liegt und auch keine Baufenster eingetragen ist**

- Fl.-Nr. 69/0: Anpassung der Festsetzung A 2.1 zulässige Grundfläche zur Errichtung eines Balkons Westseite-> **Bei Beantragung der Baugenehmigung musste hinsichtlich der Grundfläche umgeplant werden bzw. der Balkon auf der Westseite wurde rausgeplant da, das Kreisbauamt die Festsetzung A 2.1 anders auslegt bzw. die Festsetzung von der Gemeindeverwaltung bei den Genehmigungsfreistellern falsch ausgelegt hat.**
- Fl.-Nr. 73/ 3: Anbau an das bestehende Wohngebäude: **Derzeit nicht möglich, da die zulässigen Quadratmeter bereits ausgeschöpft sind und das Baufenster voll ausgenutzt ist. Eine Ausnahme im Bebauungsplan ist nicht vorgesehen und eine Befreiung kann nicht erteilt werden, da die Quadratmeter und das Baufenster einen Grundzug der Planung darstellen und von diesen keine Befreiungen erteilt werden**

Nach Rücksprache mit dem Kreisbauamt Bad Tölz – Wolfratshausen, SG 21 Planungsrecht, Frau Gerg spricht rechtlich nichts gegen die Änderung des Bebauungsplans. Das Verfahren kann im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

Hinsichtlich der Festsetzung A 2.1 zulässige Grundfläche empfiehlt das Kreisbauamt eine Änderung alleine schon wegen Klarstellungsgründen und um Missverständnisse zu vermeiden. Die Festsetzung A 2.1 ist wie folgt formuliert: „Maximal zulässige Grundfläche je überbaubare Fläche in Quadratmetern, z. B 150 m² (die mit dem Hauptgebäude überbaut werden darf).“ Aufgrund dessen ist man bei der Genehmigung im Genehmigungsfreistellungsverfahren davon ausgegangen, dass die Flächen von Balkonen nicht zur Grundfläche der Hauptgebäude hinzuzurechnen sind. Dadurch wäre die Festsetzung allerdings rechtlich nicht haltbar, den Balkone sind, wenn nicht untergeordnet im Sinne der BayBO, zur Grundfläche hinzuzurechnen. Folglich wurden die genehmigten und bereits umgesetzten Bauvorhaben im Plangebiet ohne Berücksichtigung der Balkone und Vordächer bemessen. Somit ist bei einigen Gebäuden (Fl.-Nr. 72/1, 73/3, 73/1 und 375/1) die Grundfläche durch das Hauptgebäude ausgeschöpft und bei hinzurechnen der Balkone und Vordächer die maximale Grundfläche bei weitem überstiegen.

In seiner Sitzung am 05.07.2022 hat der Gemeinderat dann die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans beschlossen und den Bauausschuss beauftragt sich mit dem Bebauungsplan und den Änderungswünschen zu befassen. Das Ergebnis soll dem Gemeinderat dann zur Beratung vorgelegt werden.

Ergebnis der Bauausschusssitzung vom 20.09.2022:

1. Antrag, Fl.-Nr. 73/3 Gem. Baiernrain: Anbau an der östlichen Seite des bestehenden Wohngebäudes mit einem Baufenster für eine Garage im Norden des Anbaus.

Beschlussvorschlag: Der Bauausschuss empfiehlt dem Gemeinderat dem Antrag von Herrn Leonhard Rest stattzugeben.

Abstimmung: 2:7 (abgelehnt)

2. Antrag Fl.-Nr. 69/0 Gem. Baiernrain: Anpassung der Festsetzung A 2.1 zur zulässigen Grundfläche, damit Balkon auf Westseite angebaut werden kann.

Beschlussvorschlag: Der Bauausschuss empfiehlt dem Gemeinderat dem Antrag von Herrn Michael Lechl stattzugeben.

Abstimmung: 9:0 (angenommen)

3. Antrag Fl.-Nr. 69/1 Gem. Baiernrain: Aufnahme der Flurnummer in den Geltungsbereich und Eintragung von zwei Baufenstern.

Beschlussvorschlag: Der Bauausschuss empfiehlt dem Gemeinderat dem Antrag von Herrn Andreas Lechl stattzugeben.

Abstimmung: 0:9 (abgelehnt)

4. Antrag Fl.-Nr. 73/1 Gem. Baiernrain: Zulässigkeit einer 3 Wohneinheit und Einbau eines Quergiebels.

Beschlussvorschlag: Der Bauausschuss empfiehlt dem Gemeinderat dem Antrag von Frau Silvia Meixner stattzugeben.

Abstimmung: 8:1 (angenommen)

Aufhebung des Bebauungsplan:

Die Eigentümer der Fl.-Nr. 73/3 Gem. Baiernrain haben im Januar 2023 noch einen Antrag auf Aufhebung des Bebauungsplans eingereicht mit der Bitte um Prüfung ob das Vorhaben dann umsetzbar wäre.

Eigentümer der Fl.-Nr. 69/1 Gem. Baiernrain hat sich auch für eine Aufhebung des Bebauungsplans ausgesprochen, sofern sein Grundstück dann bebaubar wäre.

Der Antrag und die konkreten Änderungswünsche wurden an das Kreisbauamt SG 21 Planungsrecht und SG 22 Fachliche Ortsplanung mit der Bitte um Prüfung übersandt.

Einschätzung SG 21 Planungsrecht:

Die Aufhebung des Bebauungsplans ist rechtlich möglich und aus planungsrechtlicher Sicht spricht nichts dagegen. Die Ziele des Bebauungsplans sind erfüllt und die Fläche ist durch die bereits erfolgte Umsetzung des Bebauungsplans derart baulich vorgeprägt,

dass der §34 BauGB für eine Beurteilung von Bauvorhaben herangezogen werden kann.

Die Fl.-Nr. 69/1 liegt nach Aufhebung des Bebauungsplans jedoch im Außenbereich. Eine Bebauung des Grundstücks kann nur durch eine Bauleitplanung, Änderung des Bebauungsplans oder Aufstellung einer Einbeziehungssatzung nach Aufhebung des Bebauungsplans, realisiert werden.

Der südliche Teil der Fl.-Nr. 73/3 könnte nach Einschätzung des Kreisbauamts ab der südlichen Hauskante dem Außenbereich zugeordnet werden. Der südliche Teil des Anbaus würde dann in den Außenbereich hineinragen und eine Bebauung wäre nicht möglich. Das alternativ geplante Einfamilienhaus würde auch zum Teil im Außenbereich stehen. Auch hier ist eine Bebauung wie gewünscht nur durch eine Bauleitplanung, Änderung des Bebauungsplans oder Aufstellung einer Einbeziehungssatzung nach Aufhebung des Bebauungsplans, möglich.

Einschätzung SG 22 Fachliche Ortsplanung

Die primären Einfüge Kriterien nach § 34 Abs. 1 BauGB sind die überbaute Grundfläche und Wandhöhe. Nach Aufhebung eines Bebauungsplans ist eine schleichende Entwicklung möglich (Wandhöhe max. +29cm, Grundfläche max. +9%). Die Umgebungsbebauung kann auch zur Beurteilung herangezogen werden. Innerhalb des prägenden Umfeldes des B-Plan-Gebiets kann die Fl.-Nr. 68 Gem. Baiernrain mit einer deutliche höheren Grundfläche (211 m²) als Bezugsfall bei einer Beurteilung nach § 34 BauGB herangezogen werden.

Nach Aufhebung des Bebauungsplans ist die Errichtung eines Quergiebels auf Fl.-Nr. 73/1 mit bis zu 60 m² möglich. Das Bestandgebäude hat eine Größe von 154 m², unter Beachtung der Gebäudegröße Fl.-Nr. 68 kann somit ein Quergiebel mit bis zu 60 m² zugelassen werden. Derzeit ist der Einbau eines Quergiebels nicht möglich, da die zulässigen Quadratmeter bereits ausgeschöpft sind. Eine Ausnahme im Bebauungsplan ist nicht vorgesehen und eine Befreiung kann nicht erteilt werden, da die Quadratmeter einen Grundzug der Planung darstellen und von diesen keine Befreiungen erteilt werden.

Der geplante Anbau auf Fl.-Nr. 73/3 würde sich nach Aufhebung des Bebauungsplans hinsichtlich seiner Grundfläche (243 m²) nicht mehr einfügen. Unter Beachtung der Gebäudegröße Fl.-Nr. 68 und der möglichen schleichenden Entwicklung (GR +9%) wäre ein Anbau mit maximal 75 m² möglich, da das Bestandgebäude bereits eine Größe von 147 m² hat. Des Weiteren könnte der südliche Teil der Flurnummer nach Aufhebung des Bebauungsplans zum Außenbereich gezählt werden. Der Anbau wäre somit nur durch eine Änderung des Bebauungsplans möglich oder durch Aufstellung einer Einbeziehungssatzung. Als Alternative wurde vom Eigentümer 73/3 die Errichtung eines Einfamilienhauses genannt. Auch hier steht ein Teil des Gebäudes im Außenbereich und müsste über eine Bauleitplanung realisiert werden. Ein Einfamilienhaus wäre demnach grundsätzlich möglich, jedoch wird die Größe dieses Gebäudes durch die vorhandenen Freiräume auf dem Grundstück relativ gering ausfallen, zudem könnte die entstehende Dichte einer derartigen Bebauung entgegenstehen. Hier kann erst im Bauantragsverfahren eine genau Aussage getroffen werden.

Nach Aufhebung des Bebauungsplans wäre die Klarstellung der Festsetzung A 2.1 nicht mehr notwendig, da der Bebauungsplan aufgehoben wäre und die Beurteilung von Bauvorhaben sich nach § 34 BauGB und der Umgebungsbebauung richtet.

Fazit

Sofern allen Entwicklungswünschen wie beantragt entsprochen werden soll ist die Änderung des Bebauungsplans das richtige Bauleitverfahren.

Der Anbau oder die Errichtung eines Einfamilienhauses auf Fl.-Nr. 73/3 wären durch Eintragung eines Baufenster und der Anpassung der Festsetzung A 2.1 Grundfläche möglich.

Der Einbau eines Quergiebels auf Fl.-Nr. 73/1 wäre bei Anpassung der Festsetzung A 2.1 ebenfalls möglich, hier sollte dann noch die Festsetzung 2.6 Anzahl Wohnungen angepasst werden, sowie die Festsetzung 4.1 Dacheinschnitte und Dachgauben.

Die Fl.-Nr. 69/1 kann durch die Änderung in den Geltungsbereich aufgenommen werden und ein oder zwei Baufenster auf der Flurnummer eingetragen werden.

Die Errichtung des Balkons auf Fl.-Nr. 69/0 wäre nach Anpassung der Festsetzung A 2.1 möglich.

Durch die Aufhebung des Bebauungsplans könnte dem Bauwunsch Fl.-Nr. 73/1 voll entsprochen werden, ebenso dem Bauwunsch von Fl.-Nr. 69/0.

Der Bauwunsch Anbau auf Fl.-Nr. 73/3 müsste sich deutlich reduzieren hinsichtlich der Grundfläche und der Bau eines Einfamilienhauses ist ungewiss bzw. erst durch Prüfung im Baugenehmigungsverfahren bewertbar und wie für Fl.-Nr. 69/1 müsste eine Einbeziehungssatzung aufgestellt werden um die Außenbereichsproblematik zu lösen.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt die 1. Änderung des Bebauungsplans Bairanrain West weiter zu verfolgen und den Bau- und Entwicklungswünschen der Anlieger zu entsprechen.

Abstimmungsergebnis: 0 : 20 (abgelehnt)

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschließt die Aufhebung des Bebauungsplans Baiernrain West.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0 (angenommen)

8.	Umgang mit Anträgen für Freiflächenphotovoltaik
----	---

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat die Erstellung eines Energienutzungsplanes beauftragt. Dabei soll auch das Gemeindegebiet hinsichtlich der Umsetzung von Freiflächenphotovoltaikanlagen überprüft werden.

Die Erstellung des Energienutzungsplanes durch die Energiewende Oberland soll bis zum Jahresende 2023 abgeschlossen sein, da die Rechnungsstellung bis zum 31.01.2024 erfolgt sein muss und der Verwendungsnachweis bei der Förderstelle bis zum 31.03.2024 eingereicht werden.

Die Erstellung des Themas Freiflächenphotovoltaikanlagen soll priorisiert bearbeitet werden und das Ergebnis sollte bis zum Sommer 2023 vorliegen.

Es kommen immer wieder Anfragen von Grundstückseigentümern die auf ihren Flächen Freiflächenphotovoltaikanlagen errichten möchten. Von Seiten der Verwaltung wird vorgeschlagen, dass diese Anfragen an die Energiewende Oberland weitergeleitet werden und dort diese konkreten Flächen im Rahmen der Erstellung des Energienutzungsplanes bewertet werden sollen.

Wenn der Energienutzungsplan vorliegt wird dem GR auch die Bewertung dieser konkreten Flächen zur weiteren Entscheidung vorgelegt.

Diskussionsverlauf:

MGR Fuchs plädiert für ein geordnetes Verfahren und dazu gehört im ersten Schritt die Erstellung des Energienutzungsplanes. Bis dahin muss abgewartet werden.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt, etwaige Anfragen zur Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen zurückzustellen, bis der Energienutzungsplan vorliegt.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0 (angenommen)

9.	Beitrags- und Gebührenkalkulation Abwasseranlage Ascholding, Bairawies, Hechenberg, Einöd mit Gültigkeit ab 01.04.2023
-----------	---

Sachverhalt:

Die Gemeinde Dietramszell betreibt die Entwässerungseinrichtung für Ascholding, Bairawies, Hechenberg und Einöd als kostenrechnende Einrichtung. Das Gebührenaufkommen soll die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten decken (Artikel 8 KAG).

Die Gemeinden erheben für die Benutzung ihrer öffentlichen Einrichtungen Benutzungsgebühren. Gemäß Kommunalabgabengesetz (Artikel 8 Absatz 6 KAG) beträgt der

Kalkulationszeitraum bis zu 4 Jahre. Im Jahr 2019 erfolgte die letzte Gebührenkalkulation. Durch eine regelmäßige Kalkulation (in der Regel alle 4 Jahre) ist sichergestellt, dass Unter- oder Überdeckungen jeweils im folgenden Kalkulationszeitraum wieder ausgeglichen werden und so Kostengerechtigkeit gegeben ist. Die Abwassereinleitungsgebühr erhöht sich für die Jahre 2023 bis 2026 um 0,84 €/m³.

Die Erhöhung hat folgenden Grund:

Die Betriebskosten sind für die Jahre 2019 und 2020 viel höher als geplant ausgefallen. Dies war verursacht durch die zerstörte Abwasserleitung. Diese führte unter dem Flußbett der Isar von Ascholding nach Geretsried. Aufgrund von Hochwasser und dem dadurch verursachten Geschiebe wurde diese Leitung ausgespült und in der Folge zerstört. Deshalb musste ein Abwasserabtransport mittels LKW über einen Zeitraum von Juni 2019 bis Mai 2020 durchgeführt werden. Die Bauarbeiten konnten nicht früher durchgeführt werden, da sich diese im Landschaftsschutzgebiet Isarauen befindet und die Untere Naturschutzbehörde erst nach längerer Prüfung die Erlaubnis dazu erteilte.

Es ist davon auszugehen, wenn die Unterdeckung bis 2026 ausgeglichen wurde, dass sich die Gebühr im nächsten Kalkulationszeitraum wieder deutlich reduziert.

Ebenso wurde der Herstellungsbeitrag neu kalkuliert. Bisher betrug der Beitrag 21,73 €/m². Nach der Neuberechnung ergibt sich nun ein Beitrag von 23,30 €/m². Dies entspricht einer Differenz von 1,57 €/m². Diese ist dahingehend zu begründen, dass sich die Herstellungskosten erhöht haben und auch ein Plus der Geschoßflächen zu verzeichnen ist. In der Berechnung sind die bisher abgerechneten Herstellungsbeiträge berücksichtigt.

Finanzielle Auswirkungen:

Beschluss 1:

Als Gebühr wird festgesetzt:

	Euro/m ³
NEU	2,45
Alt: Gebühr laut BGS/EWS vom 12.02.2019	1,61

Abstimmungsergebnis: 19 : 1 (angenommen)

Beschluss 2:

Als Beitrag wird festgesetzt:

	Euro/m ³
NEU	23,30
Alt: Beitrag laut BGS/EWS vom 12.02.2019	21,73

Abstimmungsergebnis: 20 : 0 (angenommen)

10.	2. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung (BGS/EWS) vom 12.02.2019 der Abwasseranlage Ascholding, Bairawies, Hechenberg und Einöd
------------	---

Sachverhalt:

Im vorherigen TOP wurde die Beitrags- und Gebührenkalkulation vorgestellt. Somit ist die Satzung anzupassen.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt folgende Satzung:

2. Satzung der Gemeinde Dietramszell

Zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS/EWS) vom 12.02.2019

Für das Gebiet der Gemeindeteile Ascholding, Bairawies, Einöd, Hechenberg aufgrund von Art. 23 und Art. 24 Absatz 1 Nr. 1 und 2, Absatz 2 und Absatz 3 der Gemeindeordnung (GO) erlässt die Gemeinde Dietramszell folgende Satzung:

§ 1

Die Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Dietramszell (BGS/EWS) vom 12.02.2019 wird wie folgt geändert:

§ 6 und § 10 Abs. 1 Satz 2 erhalten folgende Fassung:

§6 Beitragssatz

Der Beitrag beträgt pro m² Geschossfläche 23,30 €.

§ 10 Einleitungsgebühr

Die Gebühr beträgt 2,45 € pro/m³ Abwasser

§2

Diese Satzung tritt zum 01.04.2023 in Kraft.

Gemeinde

Dietramszell

Josef
1. Bürgermeister

Hauser

Abstimmungsergebnis: 19 : 1 (angenommen)

11.	Neuerlass der Friedhofs- und Benutzungssatzung
------------	--

Sachverhalt:

Vor Eröffnung des Bestattungswaldes wurde die Friedhofs- und Bestattungssatzung neu erlassen. Nachdem der Bestattungswald nun gut 2 Jahre betrieben wurde, sollen größtenteils noch klarstellende Formulierungen in die Satzung aufgenommen werden. Außerdem wird neu geregelt, dass Basisplätze künftig nur noch für die Dauer von 10 Jahren erworben werden können. Eine Verlängerung ist nicht möglich. Bei den Familienbäumen soll zudem eine Erweiterung auf insgesamt 18 Plätze ermöglicht werden. Änderungen sind in rot dargestellt.

Hinweis: Im Falle der Übernahme der Änderungen bei den Basisplätzen ist die Friedhofsgebührensatzung ebenfalls zu ändern (Streichung der Verlängerungsmöglichkeit für

Basisplätze nach § 4 Abs. 2 der Friedhofsgebührensatzung). Des Weiteren ist der Pachtvertrag und der Verwaltungshelfervertrag anzupassen.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt folgende

Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Gemeinde Dietramszell (Friedhofs- und Bestattungssatzung)

Auf Grund von Art. 23 und 24 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 sowie Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I) zuletzt geändert durch Art. 9a Abs. 2 Bayerisches E-Government-Gesetz vom 22. 12. 2015 (GVBl. S. 458) erlässt die Gemeinde Dietramszell unter Berücksichtigung der bestattungsrechtlichen Vorschriften folgende Satzung:

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Bestattungseinrichtungen

Zum Zwecke einer geordneten und würdigen Totenbestattung unterhält die Gemeinde die folgenden Einrichtungen für das Bestattungswesen als öffentliche Einrichtungen:

- a) den gemeindeeigenen sowie den kirchlichen Teil des Friedhofes Kreuzbichl
- b) die kirchliche Kapelle als Leichenhaus in Kreuzbichl
- c) den gemeindeeigenen neuen Friedhof in Steingau mit Aussegnungshalle
- d) den Bestattungswald Waldruh Dietramszell

Die Einrichtungen a)-c) werden als Einrichtungseinheit geführt (Art. 21 Abs. 2 GO) und kurz als „Friedhof“ bezeichnet. Die Einrichtung d) stellt eine eigene Einrichtungseinheit dar und wird kurz als „Bestattungswald“ bezeichnet.

§ 2 Bestattungsanspruch

- (1) Auf dem Friedhof werden Verstorbene beigesetzt,
 - a) die bei Eintritt des Todes den Wohnsitz in der Gemeinde hatten oder
 - b) für die ein Benutzungsrecht an einer belegungsfähigen Grabstätte nachgewiesen wird oder
 - c) für die die Bestattung vom Inhaber einer belegungsfähigen Grabstätte beantragt wird.
- (2) Sofern eine ordnungsgemäße Beisetzung anderweitig nicht gewährleistet ist, ist auch die Beisetzung der im Gemeindegebiet Verstorbenen oder tot Aufgefundenen gestattet.
- (3) Für Tot- und Fehlgeburten gilt Art. 6 des Bestattungsgesetzes.
- (4) Die Bestattung anderer als der in Abs. 1 – 3 Genannten bedarf der besonderen Erlaubnis der Friedhofsverwaltung der Gemeinde.
- (5) Im Bestattungswald werden alle Verstorbenen, für die zu Lebzeiten selbst (Vorsorge) oder von deren Angehörigen nach dem Tod ein Nutzungsrecht erworben wurde oder für die eine Vormerkung eingetragen ist, beigesetzt.

§ 3 Friedhofsverwaltung

Der Friedhof und der Bestattungswald werden von der Gemeinde (Friedhofsverwaltung) verwaltet und beaufsichtigt. Diese führt den Belegungsplan, sodass jederzeit festgestellt werden kann, wann mit wem jedes Grab belegt wurde, wer der Grabnutzungsberechtigte ist und für welchen Zeitraum das Nutzungsrecht erworben wurde.

II. Bestattungsvorschriften

§ 4 Bestattung

Bestattung im Sinne dieser Satzung ist die Erdbestattung von Leichen oder Leichenteilen, sowie die Beisetzung von Ascheurnen unter der Erde. Die Bestattung ist durchgeführt, wenn das Grab verfüllt ist.

§ 5 Anzeigepflicht

- (1) Bestattungen sind unverzüglich nach Eintritt des Todes der Gemeinde anzuzeigen; die erforderlichen Unterlagen (Formular „Anmeldung von Sterbefällen“) sind vorzulegen.
- (2) Den Zeitpunkt der Bestattung setzt die Gemeinde im Benehmen mit den Hinterbliebenen oder deren Vertreter (Bestatter) und ggf. mit dem zuständigen Pfarramt fest.

§ 6 Ruhefrist

Die Ruhefrist bis zur Wiederbelegung einer Grabstätte beträgt für alle Grabarten mindestens 10 Jahre; für alle Kinder (bis zum vollendeten 7. Lebensjahr) beträgt die Ruhefrist mindestens 7 Jahre.

§ 7 Exhumierung und Umbettung

- (1) Die Exhumierung und Umbettung von Leichen und Urnen bedarf unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften der vorherigen Erlaubnis der Gemeinde. Das Gesundheitsamt ist vorher zu hören.
- (2) Soweit Exhumierungen von Leichen nicht vom Gericht oder einer Behörde angeordnet werden, sollen sie nur in den Monaten Oktober bis März und zwar außerhalb der Besuchszeiten erfolgen. Angehörige und Zuschauer dürfen der Exhumierung bzw. Umbettung nicht beiwohnen.
- (3) Zur Exhumierung und Umbettung bedarf es eines schriftlichen Antrages des Grabnutzungsberechtigten.
- (4) Leichen von Personen, die an einer übertragbaren Krankheit verstorben sind, dürfen nur umgebettet werden, wenn das Gesundheitsamt zugestimmt hat.
- (5) Im Übrigen gilt § 21 der Bestattungsverordnung.

III. Grabstätten

§ 8 Grabstätten

- (1) Die Grabstätten, mit Ausnahme der Familiengruft von Schilcher, stehen im Eigentum der Gemeinde. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden. Ein Weiterverkauf an Dritte ist untersagt.
- (2) Die Anlage richtet sich nach dem Belegungsplan, der bei der Verwaltung der Gemeinde (Friedhofsverwaltung) während der allgemeinen Dienstzeiten eingesehen werden kann.

§ 9 Grabarten

- (1) Gräber im Sinne dieser Satzung auf dem Friedhof sind:
 - a) Einzelgräber
 - b) Familiengräber
 - c) Urnengräber (nur in Steingau)
 - d) Anonyme Urnengräber (nur in Steingau)
- (2) Gräber im Sinne dieser Satzung im Bestattungswald sind:
 - a) Einzelgräber an einem Gemeinschaftsbaum/-findling ohne Auswahl (Basis)
 - b) Einzelgräber an einem Gemeinschaftsbaum/-findling ~~oder Sternschnuppenbaum~~
 - c) Familienbäume/-findling
 - d) ~~Einzelgräber an einem Sternschnuppenbaum/-strauch~~
- (3) Die Lage der einzelnen Grabstätten wird durch die Gemeinde bestimmt und richtet sich nach dem Belegungsplan. Der Friedhof ist darin in Abteilungen aufgeteilt. Im Bestattungswald bilden die einzelnen Bäume oder Findlinge eine Abteilung ~~mit ein oder mehreren Gräbern~~. Die einzelnen Grabstätten sowohl auf dem Friedhof als auch ~~die Bäume/Findlinge~~ im Bestattungswald sind fortlaufend nummeriert. Bestattungen können je-

weils nur in den von der Gemeinde freigegebenen Abteilungen **bzw. an den freigegebenen Bäumen/Findlingen** erfolgen.

- (4) Im Bestattungswald besteht kein Rechtsanspruch auf Überlassung einer bestimmten Ruhestätte in bestimmter Lage sowie auf die Unveränderlichkeit der Umgebung.

§ 10 Einzelgräber nach § 9 (1) a

- (1) Einzelgräber werden grundsätzlich für die Dauer der Ruhefrist (§ 6) zur Verfügung gestellt. Im Übrigen gilt § 20.
- (2) In Einzelgräbern sind sechs Belegungen möglich und zwar maximal zwei Sarg- und vier Urnenbestattungen.
- (3) In Einzelgräbern wird der Reihe nach beigesetzt. Dabei werden vorrangig wieder freige-wordene Grabstätten bereits bestehender Abteilungen zugewiesen.

§ 11 Familiengräber nach § 9 (1) b

- (1) Familiengräber werden grundsätzlich für die Dauer der Ruhefrist (§ 6) zur Verfügung gestellt. Im Übrigen gilt ~~§ 20~~ 21.
- (2) In Familiengräbern sind zehn Belegungen möglich und zwar maximal vier Sarg- und sechs Urnenbestattungen.

§ 12 Urnengräber nach § 9 (1) c und d

- (1) Reine Urnengräber werden nur auf dem Friedhof in Steingau grundsätzlich für die Dauer der Ruhefrist (§ 6) zur Verfügung gestellt. Im Übrigen gilt ~~§ 20~~ 21.
- (2) In Urnengräbern sind zwei, im anonymen Urnengrab nur eine Urnenbestattung möglich.
- (3) Beim anonymen Urnengrab wird die Graboberfläche durch die Gemeinde gestaltet und gepflegt. Grabsteine oder sonstiger Blumenschmuck etc. dürfen auf dem anonymen Ur-nengrab nicht angebracht werden.

§ 13 Einzelgräber Basis nach § 9 (2) a

- (1) Einzelgräber **Basis** werden **grundsätzlich** für die Dauer von **25 10** Jahren ab Beisetzung zur Verfügung gestellt. Bestattungen dürfen nur stattfinden, wenn die Mindestruhefrist nach § 6 bis zum Ende des Pachtvertrages über den Bestattungswald (31.12.2099) nicht unterschritten wird. Im Übrigen gilt ~~§ 20~~ 21.
- (2) In Einzelgräbern ist eine Belegung mit einer Urne möglich.
- (3) Einzelgräber werden ohne Auswahl durch den Nutzungsberechtigten von der Gemeinde zugewiesen.
- (4) **Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden.**
- (5) **Ein verbundenes Nutzungsrecht (analog § 14 Abs. 4) ist nicht möglich.**

§ 14 Einzelgräber nach § 9 (2) b

- (1) Einzelgräber werden grundsätzlich für die Dauer von 25 Jahren ab Beisetzung zur Ver-fügung gestellt. Bestattungen dürfen nur stattfinden, wenn die Mindestruhefrist nach § 6 bis zum Ende des Pachtvertrages über den Bestattungswald (31.12.2099) nicht unter-schritten wird. Im Übrigen gilt ~~§ 20~~ 21.
- (2) In Einzelgräbern ist eine Belegung mit einer Urne möglich.
- (3) Einzelgräber werden nach Auswahl des jeweiligen Baums oder Findlings **bzw. Stern-schnuppenbaums** durch den Nutzungsberechtigten von der Gemeinde vergeben.
- (4) Erwirbt eine Person ein Nutzungsrecht an max. 2 Einzelgräbern gleichzeitig, so gilt hier ein verbundenes Nutzungsrecht, das heißt die Ruhezeiten enden mit dem Ende der zu-letzt endenden Ruhezeit.

§ 15 Familienbäume/-findlinge nach § 9 (2) c

- (1) Familienbäume werden bis zum 31.12.2099 zur Verfügung gestellt. Bestattungen dürfen nur stattfinden, wenn die Mindestruhefrist nach § 6 bis zum Ende des Pachtvertrages über den Bestattungswald (31.12.2099) nicht unterschritten wird. Im Übrigen gilt ~~§ 20~~ 21.
- (2) Bei Familienbäumen ist eine Belegung mit bis zu 12 Urnen möglich. **Sollen weitere Ur-nen beigesetzt werden, ist dies nach Rücksprache bis max. 18 Urnen möglich. Hierzu ist der Erwerb des Nutzungsrechtes je Ruhestätte (max. 6 Weitere) in Abhängigkeit der Ka-**

tergie des Baumes (analog der Grabnutzungsgebühr zum Einzelgrabplatz am Gemeinschaftsbaum) zum Zeitpunkt des Erwerbs notwendig.

- (3) Familienbäume werden nach Auswahl des jeweiligen Baums oder Findlings durch den Nutzungsberechtigten von der Gemeinde vergeben.
- (4) Familienbäume werden nur zur Nutzung innerhalb eines Verwandten- und Freundeskreises vergeben.

§ 16 Einzelgräber Sternschnuppenbaum nach § 9 (2) d

Einzelgräber an einem Sternschnuppenbaum/-strauch werden bis zum 31.12.2099 zur Verfügung gestellt. Bestattungen dürfen nur stattfinden, wenn die Mindestruhefrist nach § 6 bis zum Ende des Pachtvertrages über den Bestattungswald (31.12.2099) nicht unterschritten wird. Im Übrigen gilt § 21.

~~§ 16~~ § 17 Aschenreste und Urnenbeisetzungen

- (1) Aschenreste und Urnen müssen den Vorschriften der §§ 17 und 27 der Bestattungsverordnung entsprechen.
- (2) Urnen können nur unterirdisch beigesetzt werden. Sie müssen aus biologisch leicht abbaubarem, umweltfreundlichem Material bestehen.
- (3) Wird das abgelaufene Nutzungsrecht an einer Grabstätte auf dem Friedhof nicht verlängert, kann die Gemeinde über das Grab verfügen und die nicht verrottbaren Urnen entfernen lassen. Hiervon wird der letzte Nutzungsberechtigte rechtzeitig von der Gemeinde benachrichtigt; er trägt auch die Kosten für die Freilegung und Ausgrabung der nicht verrottbaren Urne sowie die Beisetzung der Aschenreste im Aschensammelgrab der Gemeinde.

~~§ 17~~ § 18 Familiengruft von Schilcher

- (1) Die Familiengruft von Schilcher (Flstk. 577) ist im Eigentum der Familie von Schilcher.
- (2) Die in der Gruft aufzustellenden Särge müssen mit dichtschießenden Metalleinsätzen versehen sein.
- (3) Im Übrigen gilt diese Satzung unbeschadet privater besonderer Rechte sinngemäß.

~~§ 18~~ § 19 Übergrößen- und Sonderübergrößengräber

- (1) Übergrößen- und Sonderübergrößengräber werden nicht mehr neu vergeben. Im Übrigen gilt ~~§ 20~~ 21.
- (2) In Übergrößengräbern sind vierzehn Belegungen möglich und zwar maximal sechs Sarg- und acht Urnenbestattungen. In Sonderübergrößengräbern sind sechzehn Belegungen möglich und zwar maximal acht Sarg- und acht Urnenbestattungen.

~~§ 19~~ § 20 Größe der Grabstätten

- (1) Die einzelnen Gräber auf dem Friedhof haben folgende Ausmaße (Länge x Breite):
 - a) Einzelgräber 1,80 m x 0,90 m
 - b) Familiengräber 1,80 m x 1,80 m
 - c) Urnengräber (nur in Steingau) 1,20 m x 0,60 m
 - d) Anonyme Urnengräber (nur in Steingau) 0,40 m x 0,40 m
- (2) Der Abstand von einer Grabstelle zur nächsten auf dem Friedhof beträgt 0,60 m.
- (3) Die Tiefe des Grabes bei Erdbestattungen beträgt von der Rasenkante bis zur Grabsohle 1,80 m, bei Tieferlegungen 2,40 m. Die Beisetzungstiefe bei Urnen beträgt mindestens 1 m.

~~§ 20~~ § 21 Rechte an Grabstätten

- (1) An einer belegungsfähigen Grabstätte kann ein Nutzungsrecht erworben werden. Das Nutzungsrecht wird mindestens auf die Dauer der Ruhefrist verliehen, sofern nicht eine andere Dauer in dieser Satzung genannt ist. Dies gilt auch, wenn das Grabnutzungsrecht unabhängig von einem Todesfall (also auch bei Reservierung/Vorsorge) erworben wird.

- (2) Der Nutzungsberechtigte einer oder mehrerer Grabstätten im Bestattungswald kann mit Zustimmung der Gemeinde Vormerkungen (Personen, die beigesetzt werden sollen), für die von ihm erworbenen Nutzungsrechte/Ruhestätten festlegen. Die Übertragung ist nur wirksam, wenn die Gemeinde schriftlich zugestimmt hat und eine Eintragung im Ruhestättenregister erfolgt ist.
- (3) Das Nutzungsrecht an den Grabstätten wird nur an einzelne natürliche und volljährige Personen nach Entrichtung der Grabnutzungsgebühr verliehen, worüber dem Nutzungsberechtigten eine Urkunde ausgestellt wird (Graburkunde).
- (4) Nach Erlöschen des Nutzungsrechtes kann die Gemeinde (Friedhofsverwaltung) über die Grabstätte anderweitig verfügen. Hierüber wird der bisherige Nutzungsberechtigte rechtzeitig von der Gemeinde benachrichtigt.
- (5) Das Nutzungsrecht an Grabstätten auf dem Friedhof kann gegen erneute Zahlung der entsprechenden Grabnutzungsgebühr um weitere 10 Jahre verlängert werden, wenn dies vor Ablauf des Rechtes bei der Friedhofsverwaltung beantragt wird und der Platzbedarf des Friedhofs es zulässt. Das Nutzungsrecht für Einzelgräber nach § 9 (2) ~~a und b~~ kann gegen erneute Zahlung der entsprechenden Grabnutzungsgebühr um weitere 25 Jahre verlängert werden, wenn dies vor Ablauf des Rechtes bei der Friedhofsverwaltung beantragt wird.
- (6) In den Fällen, in denen die Ruhefrist der zu bestattenden Leichen oder Urnen über die Zeit hinausreicht, für die das Recht an einem Grabplatz besteht, ist das Nutzungsrecht im Voraus für die Dauer der vorgeschriebenen Ruhefrist zu erwerben.

§ 24 22 Übertragung von Nutzungsrechten

- (1) Zu Lebzeiten des Nutzungsberechtigten kann die Umschreibung eines Grabnutzungsrechtes der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner oder ein Abkömmling beanspruchen, wenn der Nutzungsberechtigte zugunsten dieses Angehörigen auf das Grabnutzungsrecht verzichtet hat.
- (2) Nach dem Tode des Nutzungsberechtigten kann derjenige die Umschreibung eines laufenden Grabnutzungsrechtes auf seinen Namen beanspruchen, dem es vom Nutzungsberechtigten in einer letztwilligen, rechtsgültigen Verfügung zugewendet wurde. Bei einer Verfügung zu Gunsten mehrerer Personen hat die erstgenannte Person Vorrang. Fehlt es an einer Verfügung, so kann das Nutzungsrecht auf Antrag auf die in § 1 Abs. 1 Ziffer 1 der Bestattungsverordnung genannten bestattungspflichtigen Personen übertragen werden. Innerhalb der dort genannten Reihenfolge hat die ältere Person Vorrecht vor der jüngeren. Der Nutzungsberechtigte eine Familienbaums/-findlings bestimmt für den Fall seines Ablebens beim Erwerb des Nutzungsrechtes einen Nachfolger (Rechtsnachfolger).
- (3) Über die Umschreibung erhält der neue Grabnutzungsbeauftragte eine Urkunde (Graburkunde).

§ 22 23 Verzicht auf und Entzug des Grabnutzungsrechtes

- (1) Auf das Grabnutzungsrecht kann nach Ablauf der Ruhefrist verzichtet werden. Eine Erstattung der bereits im Voraus entrichteten Grabnutzungsgebühr entfällt.
- (2) Das Grabnutzungsrecht kann entzogen werden, wenn eine Grabstätte an dem bestimmten Ort nach Lage der Umstände, die im öffentlichen Interesse liegen müssen, nicht mehr belassen werden kann.
- (3) Bei Entzug des Grabnutzungsrechtes wird dem Nutzungsberechtigten eine möglichst gleichwertige andere Grabstätte auf die Dauer der restlichen Nutzungszeit zugewiesen. Die Kosten hierfür gehen zu Lasten der Gemeinde.

IV. Grabmale und Gestaltung

(Die §§ 24 bis 29 25 bis 30 dieses Abschnittes gelten nur für den Friedhof)

§ 23 24 Nutzungskonzept Bestattungswald

- (1) Der Bestattungswald bleibt in seinem Erscheinungsbild naturbelassen und darf nicht gestört und verändert werden. Die Pflege erfolgt ausschließlich durch die Gemeinde; Pflegemaßnahmen durch Nutzungsberechtigte oder Dritte sind nicht zulässig.
- (2) Grabschmuck, Kerzen, Grabmale, Gedenksteine, Anpflanzungen und eine Grabpflege im herkömmlichen Sinne sind grundsätzlich untersagt. **Eine Grabgestaltung ist nicht erlaubt. Zur Beisetzung ist Blumenschmuck nach Rücksprache einmalig erlaubt und wird von der Gemeinde nach ca. 2-4 Wochen entfernt.**
- (3) Die Gemeinde kennzeichnet jede Ruhestätte mit einem einheitlichen Namensschild. Entsprechend den Wünschen des Nutzungsberechtigten werden mit einer einheitlichen Beschriftung darauf zum Beispiel Vor- und Familienname, das Geburts- und Sterbedatum sowie weitere persönliche Namenszusätze vermerkt. **Anonyme Beisetzungen sind nicht zulässig. Auf dem Schild sind mindestens die Initialen des Vor- und Familiennamens sowie das Geburts- und Sterbedatum anzugeben. Nach Erlöschen des Nutzungsrechtes wird das Namensschild am Baum von der Gemeinde entfernt.**

§ 24 25 Erlaubnispflicht für Grabmale und bauliche Anlagen

- (1) Die Errichtung von Grabmalen, Einfassungen und sonstigen baulichen Anlagen oder deren Änderung bedarf der Erlaubnis der Gemeinde.
- (2) Die Erlaubnis ist rechtzeitig vor Anfertigung oder Veränderung des Grabmales oder der baulichen Anlage durch den Grabnutzungsberechtigten bzw. den von ihm beauftragten Steinmetz zu beantragen. Dem Antrag sind die zur Prüfung notwendigen Unterlagen beizufügen. Dazu gehören:
 - a) Grabmalentwurf bzw. Entwurf der baulichen Anlage mit Grundriss und Seitenansicht mit Maßangabe
 - b) die Angabe des Werkstoffes, seine Farbe und Bearbeitung
- (3) Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn die Anlage nicht den Vorschriften der §§ 25 und 26 26 und 27 entspricht.
- (4) Ohne Erlaubnis aufgestellte Grabmale sind nach schriftlicher Aufforderung an den Nutzungsberechtigten unter angemessener Fristsetzung zur entfernen. Kommt dieser der Aufforderung nicht fristgerecht nach, so ist die Gemeinde berechtigt auf seine Kosten das Grabmal zu entfernen.

§ 25 26 Größe von Grabmalen und Einfassungen

- (1) Die Grabmale dürfen die Breite des Grabes sowie die Höhe von 1,50 m nicht überschreiten. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung der Gemeinde.
- (2) Die Einfassungen dürfen die Breiten nach § 19 20 nicht überschreiten. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung der Gemeinde.

§ 26 27 Grabgestaltung

- (1) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen müssen der besonderen Zweckbestimmung des Friedhofes und der Verstorbenen als würdige Ruhestätte und der Pflege ihres Andenkens Rechnung tragen und sich in die Umgebung der Grabstätte einfügen.
- (2) Sie sind so zu gestalten, dass sie in ihrer Form, Größe, Farbe, Bearbeitung sowie ihrem Werkstoff nach nicht verunstaltend wirken.
- (3) Inhalt und Gestaltung der Inschrift müssen mit der Zweckbestimmung des Friedhofs im Einklang stehen.

§ 27 28 Gründung, Erhaltung und Entfernung von Grabmalen

- (1) Jedes Grabmal muss seiner Größe entsprechend dauerhaft und standsicher gegründet werden. Die Fundamente sind nach den neuesten Bestimmungen und den anerkannten Regeln der Baukunst durch fachkundige Firmen zu setzen. Maßgeblich hierfür ist die Technische Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA-Grabmal) in ihrer jeweils geltenden Fassung.
- (2) Der Nutzungsberechtigte hat dafür zu sorgen, dass sich das Grabmal und die sonstigen Grabanlagen in einem verkehrssicheren und ordnungsgemäßen Zustand befinden. Er ist für Schäden verantwortlich, die insbesondere durch Umfallen des Grabmales

oder Abstürzen von Teilen desselben verursacht werden. Die Friedhofsverwaltung kann, wenn sie Mängel in der Standsicherheit feststellt und der Nutzungsberechtigte nach Aufforderung innerhalb einer festzusetzenden Frist nicht das Erforderliche veranlasst, das Grabmal auf Kosten des Nutzungsberechtigten umlegen lassen oder den gefährlichen Zustand auf andere Weise, insbesondere durch Beauftragung der Instandsetzung durch eine fachkundige Person beseitigen. Davon unberührt bleibt das Recht der Gemeinde, im Falle drohender Gefahr ohne vorherige Benachrichtigung das Erforderliche zu veranlassen.

- (3) Der Nutzungsberechtigte und die in seinem Auftrag handelnden Personen haften für jede durch die Errichtung von Grabmalen und baulichen Anlagen entstehenden Beschädigungen der Grab- und Friedhofsanlagen.
- (4) Grabmale und bauliche Anlagen dürfen vor Ablauf der Ruhefrist oder des Nutzungsrechtes nur mit vorheriger Erlaubnis der Gemeinde entfernt werden.
- (5) Grabmale sind innerhalb eines Monats nach Ablauf des Nutzungsrechtes zu entfernen. Die Grabstätten sind einzuebnen und mit dem bereitgestellten Riesel auszubessern. Kommt der Nutzungsberechtigte seiner Verpflichtung nicht nach, kann die Gemeinde die zur Herbeiführung des ordnungsgemäßen Zustandes erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des vormals Nutzungsberechtigten treffen (Ersatzvornahme ~~§ 38~~ 39). Grabmale, Einfassungen und sonstiger Grabschmuck gehen infolge der Eigentumsaufgabe in das Eigentum der Gemeinde über.

§-28 29 Pflege und Instandhaltung der Gräber

- (1) Jede Grabstätte ist spätestens drei Monate nach der Beisetzung bzw. nach der Verleihung des Nutzungsrechtes würdig herzurichten, gärtnerisch anzulegen und in diesem Zustand zu erhalten.
- (2) Kommt der Nutzungsberechtigte seiner Verpflichtung nicht nach, kann ihn die Friedhofsverwaltung unter Fristsetzung auffordern, den ordnungsgemäßen Zustand herzustellen. Nach Ablauf der Frist können zur Herbeiführung des ordnungsgemäßen Zustandes erforderliche Maßnahmen auf Kosten des Verpflichteten getroffen werden (Ersatzvornahme ~~§ 38~~ 39). Werden hierbei die entstehenden Kosten auf Anforderung hin nicht ersetzt, so kann das Nutzungsrecht ohne Anspruch auf Entschädigung sofort als erloschen erklärt werden. Die Gemeinde ist dann berechtigt, den Grabhügel einzuebnen, einen vorhandenen Grabstein zu entfernen und die Grabstätte nach Ablauf der Ruhefrist anderweitig zu vergeben.

§-29 30 Gärtnerische Gestaltung der Gräber

- (1) Zur Bepflanzung der Grabstätten sind nur geeignete Gewächse zu verwenden, welche die benachbarten Gräber und Anpflanzungen nicht beeinträchtigen. Grabbeete inkl. Bepflanzung dürfen nicht höher als 20 cm sein. Die Anlegung von Grabhügeln und Grabplatten ist nicht gestattet.
- (2) Anpflanzungen aller Art neben den Gräbern werden ausschließlich von der Gemeinde ausgeführt. Ausnahmen können bei der Gemeinde beantragt werden, sofern benachbarte Gräber nicht beeinträchtigt werden.
- (3) Das Anpflanzen andauernder Gehölze (Zwergsträucher, strauch- und baumartige Pflanzen, Bäume) auf den Gräbern bedarf der Erlaubnis der Gemeinde.
- (4) Alle gepflanzten Gehölze gehen entschädigungslos in die Verfügungsbefugnis der Gemeinde über, wenn sie vom Nutzungsberechtigten nach Ablauf der Ruhefrist oder des Nutzungsrechtes nicht abgeräumt worden sind.
- (5) Der Schnitt und die Beseitigung zu stark wachsender oder absterbender Pflanzen kann angeordnet werden. Wird die notwendige Maßnahme nicht innerhalb der hierfür dem Nutzungsberechtigten gesetzten Frist durchgeführt, so werden die Arbeiten von der Friedhofsverwaltung auf seine Kosten durchgeführt (Ersatzvornahme ~~§ 38~~ 39).
- (6) Verwelkte Blumen und verdorrte Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen und über den dafür bereitgestellten Grüngutcontainer zu entsorgen. Nicht verrottbare Materialien sind getrennt zu entsorgen bzw. vom Nutzungsberechtigten zurückzunehmen. Das Bay-

erische Abfallwirtschaftsgesetz, sowie die Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen finden entsprechende Anwendung.

V. Leichenhaus und Friedhofs-/Bestattungspersonal

§ 30 31 Benutzung des Leichenhauses

- (1) Das Leichenhaus auf dem Friedhof in Steingau und die Kapelle auf dem Friedhof Kreuzbichl dienen der Aufbewahrung der Leichen, bis sie auf dem Friedhof bestattet oder überführt werden und zur Aufbewahrung von Aschenresten feuerbestatteter Verstorbener bis zur Beisetzung auf dem Friedhof.
- (2) Die Verstorbenen werden im Leichenhaus bzw. in der Kapelle aufgebahrt. Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Hinterbliebenen die Verstorbenen während der festgesetzten Zeiten sehen. Die Bestattungspflichtigen (§15 Bestattungsverordnung) entscheiden, ob die Aufbahrung im offenen oder geschlossenen Sarg erfolgt. Wird darüber keine Bestimmung getroffen, bleibt der Sarg geschlossen. Dies gilt auch bei entsprechender Anordnung des Amts- und Leichenschauarztes. Während der Trauerfeier ist der Sarg stets geschlossen.
- (3) Für die Beschaffenheit von Särgen, Sargausstattungen und für die Bekleidung von Leichen gelten die Vorschriften des § 30 Bestattungsverordnung.

§ 34 32 Leichenhausbenutzungszwang

- (1) Jede Leiche der im Gemeindegebiet Verstorbenen ist nach Vornahme der ersten Leichenschau innerhalb von 12 Stunden nach dem Tod in das Leichenhaus bzw. in die Kapelle zu verbringen. Die Nachtstunden von 18.00 – 06.00 Uhr zählen dabei nicht mit.
- (2) Die von einem Ort außerhalb des Gemeindegebietes überführten Leichen sind unverzüglich nach Ankunft in das Leichenhaus bzw. die Kapelle zu verbringen, falls nicht die Bestattung unmittelbar nach der Ankunft stattfindet.
- (3) Vom Benutzungszwang sind ausgenommen, sofern
 - a) Der Tod in einer Anstalt (z. B. Krankenhaus, Klinik, Alten- bzw. Pflegeheim u. a.) eingetreten ist und dort ein geeigneter Raum für die Aufbewahrung der Leiche vorhanden ist,
 - b) die Leiche zum Zwecke der Überführung an einen auswärtigen Bestattungsort zur früheren Einsargung freigegeben und innerhalb einer Frist von 24 Stunden überführt wird,
 - c) die Leiche in einem Krematorium verbrannt werden soll und sichergestellt ist, dass die Voraussetzungen des § 17 Bestattungsverordnung vom Träger der Bestattungsanlage geprüft werden,
 - d) die Aufbahrung von Verstorbenen im behördlich zugelassenen Leichenraum eines privaten Bestattungsunternehmens möglich ist.

§ 32 33 Leichentransport

Zur Beförderung von Leichen im Gemeindegebiet sind Leichenwagen zu benutzen. Die Beförderung der Leichen hat durch ein geeignetes Bestattungsunternehmen zu erfolgen.

§ 33 34 Leichenbesorgung

Reinigen, Ankleiden und Einsargen der Leichen hat durch einen geeigneten Bestatter zu erfolgen.

§ 34 35 Friedhofs- und Bestattungspersonal

Die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Bestattung stehenden Verrichtungen auf dem gemeindlichen Friedhof werden von der Gemeinde hoheitlich ausgeführt. Die Gemeinde kann mit der Durchführung ihrer hoheitlichen Aufgaben im Zusammenhang mit Bestattungen auf dem

Friedhof ein Bestattungsunternehmen als Erfüllungsgehilfen beauftragen. Zu den Aufgaben zählen insbesondere:

- a) das Ausheben und Verfüllen des Grabes,
- b) die Überführung des Sarges/der Urne von der Halle/Kapelle zur Grabstätte einschließlich der Stellung der Träger,
- c) das Versenken des Sarges/die Beisetzung von Urnen,
- d) die Ausgrabung und Umbettung einschließlich notwendiger Umsargungen

VI. Ordnungsvorschriften

§ 35 36 Öffnungszeiten

- (1) Der Friedhof und der Bestattungswald sind tagsüber geöffnet, und zwar in der Zeit vom 01. April bis 30. September ab 07.00 Uhr und in der Zeit vom 01. Oktober bis 31. März ab 08.00 Uhr. Bei Einbruch der Dunkelheit sind der Friedhof und der Bestattungswald jedoch zu verlassen.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann das Betreten des Friedhofes/des Bestattungswaldes oder einzelner Teile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen oder außerhalb der vorgenannten Öffnungszeiten gestatten.
- (3) Bei starkem Wind (ab Windstärke 8 auf der Beaufortskala = 62-74 km/h), Gewitter, Glatteis, Schneeglätte und sonstigen besonderen Gefahrenlagen ist der Bestattungswald geschlossen und darf nicht betreten werden.

§ 36 37 Verhalten auf dem Friedhof und im Bestattungswald

- (1) Jeder Besucher hat sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.
- (2) Der Anordnung des Friedhofspersonals haben die Besucher Folge zu leisten. Besuchern der Bestattungseinrichtungen ist es insbesondere nicht gestattet:
 - a) Tiere mitzubringen **oder die Hackschnitzelwege (innere Wege des Bestattungswaldes) mit Pferden zu betreten**, ausgenommen sind Blindenhunde, **ausgenommen ist ebenfalls das Mitführen von Hunden an der kurzen Leine im Bestattungswald**,
 - b) zu rauchen, offenes Feuer zu entzünden und zu lärmern, **im Bestattungswald Kerzen aufzustellen (Waldbrandgefahr)**
 - c) die Wege mit Fahrzeugen und Sportgeräten aller Art zu befahren; Kinderwagen, Rollstühle und vergleichbare Hilfsmittel zum Transport von Kindern, Kranken und Behinderten sowie von der Gemeinde zugelassene Fahrzeuge (Arbeitsfahrzeuge) sind hiervon ausgenommen,
 - d) Waren aller Art sowie gewerbliche oder sonstige Leistungen anzubieten oder diesbezüglich zu werben,
 - e) Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Druckschriften, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind und gedruckte Informationen über die Waldruh Dietramszell,
 - f) Abraum und Abfälle an anderen Orten abzulagern, als an den hierfür vorgesehenen Plätzen, insbesondere privaten Hausmüll in den bereitgestellten Friedhofscontainern zu entsorgen, **im Bestattungswald jeglichen Abfall (auch Zigarettenreste sowie Hundekot und Hundekottüten) zu entsorgen**,
 - g) die Friedhofsanlagen/die Bestattungswaldanlagen einschließlich des Geländes, die Gedenkzeichen, Wege, Plätze, Gräber und Anpflanzungen usw. zu beschädigen oder zu verunreinigen, insbesondere Grabmale und Namensschilder zu beschädigen und zu beschmutzen,
 - h) die Grabhügel, Grabeinfassungen und Grünanlagen zu betreten und/oder zu beschädigen,
 - i) die Brunnen und Wasserstellen zu verunreinigen, sowie jede missbräuchliche Nutzung der Wasserleitung,
 - j) der Würde des Ortes nicht entsprechende Gefäße (z. B. Konservendosen, Plastik- und Glasflaschen sowie ähnliche Gegenstände) auf Gräbern ohne Erlaubnis aufzu-

- stellen oder solche Gefäße wie auch Gießkannen zwischen den Gräbern aufzubewahren
- k) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen oder sonstigen Lärm zu verursachen.

§ 37 38 Gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof

- (1) Die Gewerbetreibenden und ihre Gehilfen haben den Regelungen der Friedhofssatzung und den Anweisungen der Friedhofsverwaltung Folge zu leisten. Durch gewerbliche Arbeiten darf die Würde des Friedhofes nicht beeinträchtigt werden, insbesondere auf Bestattungsfeierlichkeiten ist Rücksicht zu nehmen. Nach Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.
- (2) Den zur Vornahme gewerblicher Arbeiten Berechtigten (Bestattungsunternehmen, Steinmetz u. ä.) ist – soweit erforderlich – die Benutzung der Friedhofswege mit den für die Ausführung der Arbeiten oder für den Transport von Arbeitsmitteln erforderlichen Fahrzeugen (Arbeitsfahrzeugen) gestattet. Wege und sonstige Anlagen dürfen dabei nicht über das übliche Maß hinaus beansprucht werden. Bei anhaltendem Tau- oder Regenwetter kann die Friedhofsverwaltung das Befahren der Wege mit Fahrzeugen untersagen.
- (3) Die gewerblich Tätigen haften für alle Schäden, die sie oder ihre Gehilfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit im Friedhof schuldhaft verursachen.
- (4) Die Ausübung gewerbsmäßiger Tätigkeiten auf dem Friedhof kann durch die Friedhofsverwaltung dauerhaft versagt werden, wenn die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeiten nicht gewährleistet ist oder wenn trotz schriftlicher Abmahnung mehrfach gegen die Friedhofssatzung oder Anordnung der Friedhofsverwaltung verstoßen wird. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Abmahnung entbehrlich.

VII. Schlussbestimmungen

§ 38 39 Ersatzvornahme

- (1) Die Friedhofsverwaltung kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen. Diesen Anordnungen ist unverzüglich Folge zu leisten.
- (2) Werden die in dieser Satzung festgelegten Handlungspflichten nicht rechtzeitig erfüllt, kann die Gemeinde die Handlung auf Kosten des Pflichtigen vornehmen oder vornehmen lassen. Die Ersatzvornahme ist vorher schriftlich anzudrohen. Dabei ist eine angemessene Frist zu setzen. Ist der Aufenthaltsort des Pflichtigen nicht mehr zu ermitteln, so ersetzt die öffentliche Bekanntmachung die an den Pflichtigen adressierte schriftliche Androhung. Einer vorherigen Androhung und einer Fristsetzung bedarf es nicht, wenn der Pflichtige nicht sofort erreichbar ist und die Ersatzvornahme zur Abwehr einer drohenden Gefahr notwendig ist.

§ 39 40 Haftung

- (1) Die Gemeinde haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Bestattungseinrichtungen entstehen, sowie für Schäden, die durch Beauftragte dritte Personen oder durch Tiere verursacht werden.
- (2) Die Gemeinde haftet für Schäden, die sich aus der Benutzung der Bestattungseinrichtungen ergeben nur dann, wenn einer Person, deren sich die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen bedient, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.
- (3) Nutzungsberechtigte haften für die von ihnen schuldhaft verursachten Schäden, die in Folge einer unsachgemäßen oder den Vorschriften der Satzung widersprechenden Benutzung entstehen. Sie haben die Gemeinde von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden. Gehen derartige Schäden auf mehrere Nutzungsberechtigte oder Handelnde zurück, haften sie als Gesamtschuldner.

§ 40 41 Zuwiderhandlungen

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung i. V. m. § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten kann mit Geldbuße von mindestens fünf Euro und höchstens eintausend Euro belegt werden, wer:

- a) der Anzeigepflicht nach § 5 nicht nachkommt,
- b) nicht zugelassene Pflegeeingriffe vornimmt oder das naturbelassene Erscheinungsbild stört oder Grabschmuck, Kerzen, Grabmale und Gedenksteine aufstellt (§ 23 24),
- c) ohne Genehmigung Grabmale errichtet oder ändert (§ 24 25),
- d) die erstmalige Anlage, Pflege und Instandhaltung der Grabstätten nach den §§ 24 bis 29 25 bis 30 nicht satzungsgemäß vornimmt,
- e) den Vorschriften über den Benutzungszwang für das Leichenhaus zuwiderhandelt (§ 31 32),
- f) den Bestattungswald bei Starkwind, Glatteis, Schneeglätte betritt (§ 35 36),
- g) den Vorschriften über das Verhalten auf dem Friedhof/im Bestattungswald zuwiderhandelt (§ 36 37).

§ 41 42 Entwidmung

Der Bestattungswald kann aus zwingendem öffentlichem Interesse entwidmet werden. Die Absicht der Entwidmung ist öffentlich bekannt zu machen.

§ 42 43 Gebühren

Für die Benutzung der Bestattungseinrichtungen und für die Amtshandlungen auf dem Gebiet des Bestattungswesens werden Gebühren nach der Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde in der jeweils geltenden Fassung erhoben.

§ 43 44 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am ~~01.08.2020~~ 01.04.2023 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die gemeindlichen Bestattungseinrichtungen vom ~~01.08.2001~~ 14.07.2020 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 26.11.2020 außer Kraft.

GEMEINDE DIETRAMSZELL

Dietramszell,

Josef Hauser
Erster Bürgermeister

Abstimmungsergebnis: 20 : 0 (angenommen)

12.	Neuerlass der Friedhofsgebührensatzung
-----	--

Sachverhalt:

Nachdem im vorherigen TOP die Friedhofs- und Benutzungssatzung geändert wurde, ist nun auch die Friedhofsgebührensatzung anzupassen.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt folgende:

**2. Änderungssatzung
zur Satzung über die Erhebung von Gebühren
für die Benutzung der Bestattungseinrichtungen der Gemeinde Dietramszell
(Friedhofsgebührensatzung)**

Die Gemeinde Dietramszell erlässt aufgrund der Art. 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 04. April 1993 (GVBl S. 264, BayRS 2024-1-I) zuletzt geändert durch Art 1 ÄndG vom 11.03.2014 (GVBl S. 70) folgende Änderungssatzung:

§ 1

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Bestattungseinrichtungen der Gemeinde Dietramszell (Friedhofsgebührensatzung) vom 14.07.2020 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 26.11.2020 wird wie folgt geändert:

§ 4 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

§ 4 Grabnutzungsgebühren

- (2) Die Grabnutzungsgebühr für den Bestattungswald beträgt für
- einen Platz an einem Sternschnuppenbaum für Sternenkinder und Kindern bis 10 Jahre kostenfrei
 - einen Einzelgrabplatz Basis (Kategorie 1) 550 €
 - einen Einzelgrabplatz an einem Gemeinschaftsbaum/-findling
 - Kategorie 2 850 €
 - Kategorie 3 1.150 €
 - Kategorie 4 1.400 €
 - Kategorie 5 1.550 €
 - Kategorie 6 1.700 €
 - Kategorie 7 1.950 €
 - Kategorie 8 2.500 €**
 - einen Familienbaum/-findling für bis zu 12 Urnen
 - Kategorie 1 3.900 €
 - Kategorie 2 5.000 €
 - Kategorie 3 6.000 €
 - Kategorie 4 7.000 €
 - Kategorie 5 7.500 €
 - Kategorie 6 8.000 €
 - Kategorie 7 9.500 €
 - Kategorie 8 12.000 €**
 - Kategorie 9 15.000 €**

Eine Verlängerung des Grabnutzungsrechtes für einen Einzelgrabplatz an einem Gemeinschaftsbaum/-findling der Kategorie ~~1-7~~ 2-8 ist für weitere 25 Jahre (max. bis zum 31.12.2099) gegen Zahlung der entsprechenden Gebühr möglich. **Sollen mehr als 12 Urnen an einem Familienbaum/-findling beigesetzt werden, so besteht die Möglichkeit, weitere Nutzungsrechte für Grabplätze gemäß § 15 Abs. 2 der Friedhofs- und Bestattungssatzung zu erwerben. Die Gebühr pro nachträglichem Nutzungsplatz richtet sich dann nach der analogen Kategorie eines Einzelgrabplatzes. Bei Familienbäumen/-findlingen beträgt die Gebühr pro nachträglichem Nutzungsplatz 2.500 €.**

Anlage 1 erhält folgende Fassung:

Anlage 1
Gebührenverzeichnis

Friedhof

Beschreibung der Leistung	Einheit (Stück, Std., Mann...)	Preis (inkl. MwSt.)
1. Durchführung der Bestattung		
1.1 Transport des Sarges zum Grab und Absenken des Sarges in das Grab: - Sarg-/Kreuzträger in einheitlicher Kleidung, pro Person	je Träger	90,00 €
1.2 Transport der Urne zum Grab und Absenken der Urne in das Grab: - Urnen-/Kreuzträger in einheitlicher Kleidung, pro Person	je Träger	90,00 €
2. Öffnen und Schließen von Gräbern		
2.1 Öffnen und Schließen eines Erdgrabes (für Normallegung) - Ausheben des Grabes per Hand oder soweit möglich mit einem Friedhofsbagger - Fachgerechter Grabverbau nach VSG 4.7 - Randsicherung durch Auslegung von trittsicheren Bohlen nach VSG 4.7 - Auslegen der Versenkseile und Querhölzer - Zwischenlagerung des Grabaushubs im Erdcontainer - Aufstellen von Erdkisten und Einwurfschaufeln, Weihwasserkesseln (wie ortsüblich) - Verfüllen und Schließen des Grabes per Hand oder soweit möglich mit einem Friedhofsbagger - Anlage eines vorläufigen Grabhügels - Deponieren von überschüssigem Grabaushub an dem vorgesehenen Platz des Friedhofsgeländes	Hand Bagger	845,00 € 638,00 €
2.2 Zuschlag zur Pos. 2.1 für Tieferlegung	Stück	150,00 €
2.3 Öffnen und Schließen eines Urnenerdgrabes: - Ausheben des Grabes - Aufstellung von Erdkisten und Einwurfschaufeln, Weihwasserkesseln (wie ortsüblich) - Verfüllen und Schließen des Grabes - Anlage eines vorläufigen Grabhügels - Deponieren von überschüssigem Grabaushub an dem vor-	Stück	198,00 €

gesehenen Platz des Friedhofsgeländes		
2.4.1 Zuschlag zur Pos. 2.1 bis 2.3 für Grabmacherarbeiten an einem Samstag	Stück	250,00 €
2.4.2 Zuschlag zur Pos. 2.1 bis 2.3 für Grabmacherarbeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit pro Person und Stunde	Stück	50,00 €
3. Exhumierungen und Umbettungen		
3.1 Exhumierung eines Verstorbenen aus einem Erdgrab , zzgl. zu den Pos. 2.1 – 2.2: <ul style="list-style-type: none"> - Freilegung und Ausgrabung des Sarges - Desinfektion der Arbeitskleidung und der Arbeitsgeräte - Wiederbeisetzung 	Stück	900,00 €
3.2 Umbettung eines Verstorbenen oder der sterblichen Überreste aus einem Erdgrab , zzgl. zu den Pos. 2.1 – 2.2: <ul style="list-style-type: none"> - Freilegung und Ausgrabung des Sarges - Umbettung des Verstorbenen in einen neuen Sarg bzw. die sterblichen Überreste in eine Gebeinskiste 	mit Sarg mit Gebeinschrein	1.500,00 € 1.100,00 €
3.3 Umbettung einer Urne aus einem Erdgrab , zzgl. zu der Pos. 2.3 <ul style="list-style-type: none"> - Freilegung, Ausgrabung und Säuberung der Urne 	Stück	200,00 €
3.4 Freiräumung eines Urnenerdgrabes nach Ablauf der Ruhefrist (sofern eine nicht verrottbare Urne verwendet wurde), zzgl. zur Pos. 2.3: <ul style="list-style-type: none"> - Freilegung und Ausgrabung der Urne - Öffnen der Aschekapsel - Öffnen und Schließen des Aschensammelgrabes - Beisetzung der Asche im Aschensammelgrab - Fachgerechte Entsorgung der Aschenkapsel und der Urne 	Stück	245,00 €
3.5 Genehmigung einer Umbettung	Stück	40,00 €

Bestattungswald

Beschreibung der Leistung	Einheit (Stück, Std., Mann...)	Preis (inkl. MwSt.)
1. Durchführung der Bestattung <ul style="list-style-type: none"> - Begleitung der Bestattung - Öffnen und Schließen des Grabes - Gravur des Namensschildes 	Stück	Montag-Freitag: 370,00 € 440,00 € Samstag: 490,00 € 660,00 €
2. Umbettung einer Urne	Stück	370,00 € 470,00 €
3. Genehmigung einer Umbettung	Stück	40,00 €

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01.04.2023 in Kraft.

Dietramszell, den

(Siegel)

Josef Hauser

Erster Bürgermeister

Abstimmungsergebnis: 20 : 0 (angenommen)

13.	Antrag Investitionszuschuss für die Kirche in Steingau
------------	--

Sachverhalt:

Der Pfarrverband Otterfing beantragt für die Sanierung des Kirchturms der Kuratiekirche St. Martin Steingau eine Spende in Höhe von 5.000,- €

Für die Sanierung des Kirchturms wird mit Kosten von etwa 450.000,- € gerechnet.

Es wird auf die Anlage verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten: 5.000,-

Haushaltsstelle:

Verwaltungs- oder Vermögenshaushalt: VwH

Mittel stehen zur Verfügung: Ja, bei Einplanung im HH 2023

Deckungsvorschlag:

Pflicht- oder freiwillige Aufgabe: Freiwillige Aufgabe

Freiwillige Aufgabe

Diskussionsverlauf:

Erster Bürgermeister Hauser sieht hier keine Zuständigkeit. Natürlich habe die Kirche einen hohen Stellenwert, aber aufgrund des schwierigen Haushaltes könne sich die Gemeinde dies nicht leisten. MGR Gröbmaier schlägt als Symbolik eine Spende in Höhe von 1.000,-€ vor. MGR Häsch sieht die vielfältigen Aufgaben der Kirche als eine soziale Aufgabe für die Gesellschaft und hält eine Spende von 5.000,-€ für angemessen.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt, dem Antrag des Pfarrverbandes Otterfing über eine Spende von 5.000,- € zur Kirchensanierung St. Martin Steingau stattzugeben.

Abstimmungsergebnis: 1 : 19 (abgelehnt)**Beschluss 2:**

Antrag MGR Gröbmaier:

Der Gemeinderat beschließt eine Spende von 1.000,- € zur Kirchensanierung St. Martin Steingau.

Abstimmungsergebnis: 4 : 16 (abgelehnt)

14.	Antworten zu Fragen aus dem Gremium
------------	-------------------------------------

Sachverhalt:

MGR X. Huber hat in der letzten GR-Sitzung angeregt, den Strommasten vor Stockach an der Abzweigung Manhartshofen versetzen zu lassen, da hier schon 2 Unfälle mit Anprall gegen den Masten geschehen sind.

Hierzu hat der Stromversorger Bayernwerk folgende Rückmeldung gegeben:

Der Abbau der gesamten Mittelspannungs-Freileitung in diesem Bereich ist für 2024 eingeplant.

15.	Sonstiges
------------	-----------

Josef Hauser
Erster Bürgermeister

Maximilian Donner
Schriftführung